



Dr. Ernst Dieter Rossmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de
www.ernst-dieter-rossmann.de

Pressemitteilung

28.06.06

Rossmann: Verkehrsinvestitionen steigen

(Berlin) Intelligente Verkehrsinvestitionen werden angesichts des Verkehrswachstums immer wichtiger. Mit einem Masterplan Güterverkehr und Logistik setzt die Große Koalition in Berlin jetzt Akzente in der Verkehrspolitik. Bis 2008 stehen hier über 1,8 Milliarden Euro bereit. Insgesamt sollen die Investitionen für Schienen, Straßen und Wasserwege für diese Legislaturperiode um 4,3 Milliarden Euro auf 10,9 Milliarden Euro jährlich angehoben werden. Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Kreis Pinneberg: „Bund und Länder müssen jetzt in diesem Rahmen über die Prioritäten verhandeln, welche Maßnahmen aus dem Bundesverkehrswegeplan mit diesem erweiterten Korridor realistisch in die Finanzierung hineinpassen.“ Für Schleswig-Holstein sieht der Abgeordnete hier beim Straßenbau die A 20, bei der Schiene die Strecke Hamburg-Lübeck und bei den Wasserstraßen den Nord-Ostsee-Kanal als vorrangig.

Rossmann begrüßt auch die Zustimmung des Bundesrates zur künftigen Höhe der Regionalisierungsmittel, die der Bund den Ländern für den ÖPNV zur Verfügung stellt. Die Einsparungen des Bundes sind hierbei für die Jahre 2006 bis 2009 von ursprünglich 3,1 auf 1,8 Milliarden zurückgefahren worden. Rossmann: „Nicht zuletzt durch den Einsatz der Länder, wie z.B. Schleswig-Holstein, konnten hier bundesweit 1,3 Milliarden Euro gerettet werden. Diese stehen den Ländern für die Sicherung eines attraktiven Nahverkehrsangebotes im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf zusätzlich zur Verfügung. Auch Schleswig-Holstein muss 40 Millionen Euro weniger einsparen als ursprünglich vorgesehen.“

Die Neuregelung der Regionalisierungsmittel war im Koalitionsvertrag der Bundesregierung vereinbart worden. Dem hatten auch die Länder zugestimmt. Sie war notwendig, nicht nur weil der Bund unter enormem Sparszwang steht, sondern auch weil einige Länder bisher wenig transparent darstellen konnten, wie diese Mittel genau verwendet wurden. Dies konnte der Bund nicht akzeptieren. Rossmann: „Ich begrüße die Bereitschaft aller Länder, nun die Verwendung der Mittel von 2002 bis 2005 offen zu legen, wie es Schleswig-Holstein schon immer getan hat. Bund und Länder tragen gemeinsam die Verantwortung für den ÖPNV. Jeder muss hier offen seinen Beitrag leisten.“ Der Bund stellt bis 2009 bundesweit fast 27 Milliarden Euro dafür zur Verfügung. Schleswig-Holstein bekommt 840 Millionen davon.